

Merliner Tageblatt und Handels-Zeitung.

Der Streit um Lippe.

Glücklicherweise hat sich der zwischen Preußen und Lippe entpinnene Kampf bisher in unblutigen Bahnen gehalten.

Am unteren Ufer in Etand zu sehen, ist ein Urtheil aber die in dem Lippe-Deilmold'schen Landchen herrschenden Verhältnisse ein Bild zu machen, geben wir zunächst Herrn Dr. M. Quentz das Wort.

Werdliche Redaction des Berliner Tageblatts" erlaube ich, mittheilen zu wollen, daß ich nicht, wie in dem letztverfl. Intimus zur Unwissenen Frage" behauptet wird, die Verfassung des Kaiserlichen Telegramms verfaßt habe.

Im nächsten Gegenstand ist dieser Auffassung bedient sich ein in der Lippe'schen Tageszeitung" vom 26. Juni veröffentlichter Artikel mit der Ueberschrift: "Preußen, Lippe und Bismarck".

Die Art, wie der Vorfall aufgeführt und zurückgeführt ist, offenbar nach beiderseitiger Weisheit an die Öffentlichkeit gebracht worden hat, hat nicht die Billigung erweisen können, als ob nur ein thörichtes Vergehen in ruhiger, sachlicher Weise habe zur Sprache gebracht werden sollen.

Das Rad im Wahlkampf.

Dr. Max Wittenberg.

Die Parteien haben genügend Zeit gefunden, das Facit der letzten Reichstagswahl zu ziehen. Sie haben hin und her gezögelt über die Gründe des Erfolges oder Mißerfolges, haben dem und Jemem die Schuld an Verlusten angedreht, dem einen und dem anderen Helfershelfer den Zaum für Genüsse abgefordert.

Es war eine Freude, mitanzusehen, welcher Ehrgeiz, welcher eble Weltreife sich unter den Radfahrer schon bei der Aufstellung des Organisationsplanes geltend machte.

Offiziell ist von Seiten Lippe-Deilmold's bis zu dieser Stunde dem Bundesrathe weder eine Beschwerde noch Vorstellung zugegangen.

Das Befinden des Fürsten Bismarck.

Die Nachrichten über das Befinden des Fürsten Bismarck stimmen in der heute eingelaufenen Meldebureau nicht ganz überein.

Das Befinden des Fürsten ist seit gestern Vormittag unverbessert und schließt die Möglichkeit einer Besserung nicht aus.

Auch einem geübten Blat wird gemeldet, daß ein akuter Gehirnanfall dem Fürsten vorgefallen ist, und namentlich die große Mäßigkeit des Fürsten die mannschaftliche Beobachtung durch die Verhalte betraffend hat.

Sambora, 28. Juni. (W. T. Z.) Das Befinden des Fürsten Bismarck hat sich, wie der Hamburger Correspondent" aus Friedrichsruh meldet, seit gestern nicht verbessert.

Das Ansuchen der sozialdemokratischen Stimmen bei der letzten Reichstagswahl namentlich auf dem platten Lande, welches in politischen Kreisen lebhaft erörtert worden ist, hat auch die Aufmerksamkeit des preussischen Ministers des Inneren, Reichensperger, v. d. Hoffe erregt.

Die Ergebnisse der letzten Wahlen haben erkennen lassen, daß die sozialdemokratische Bewegung auch in solchen Bezirken größere Erfolge zu erzielen vermocht hat, in welchen dieselbe einmüde bemerkt sei, bei unserer Betrachtung vorzugsweise ländliche Wahlkreise im Auge, während in den Städten das Fahrrad nur eine sehr bedingte Rolle spielen konnte.

Großen Spahs haben den Radfahrern bei der Wahl offenbar ein Verhältniß herrschende Stimmung zu erkennen lassen.

keine oder doch nur eine geringe Zukunftsprognose zu verzeichnen geblieben ist. Es ist für mich von Interesse, näher darüber unterrichtet zu werden, einerseits unter gleichzeitiger offenkundiger Darlegung, wie sich die sozialdemokratische Bewegung in den einzelnen Kreisen des dortigen Bezirkes thatsächlich gestaltet hat, andererseits, welche besonderen Resultate sozialer oder anderer Art etwa zu dem Ansuchen der Sozialdemokraten Anlaß gegeben haben.

Auffällig ist, daß der preussische Minister des Inneren sich über die Gründe, die zu dem Ansuchen der sozialdemokratischen Stimmen geführt haben, so wenig klar ist, daß er eine beartige Umfrage erlassen muß.

Der Vorwärts" giebt weiter dem Verdacht Raum, die Berichte, welche der Minister einfordert, würden so ausfallen, daß er auf Grund derselben ein Untersuchungsgericht für durchaus notwendig erklären konnte, und das Material, welches der Minister einfordert, sei dazu bestimmt, zur Begründung eines Ausnahmegesetzes zu dienen.

Die Diskussion über die Stellung des Centrums zum Wahlrecht hat den Abgeordneten Lieber veranlaßt, sich in einer in der "Obejektiv, Volksg." abgedruckten Erklärung darüber zu äußern. Er sagt:

Alles, was mir von Plänen wider das allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime Wahlrecht und ein neues Sozialengesetz in bezug auf die Wahl, besonders in bezug auf die Wahl, und von einem Laufscheit damit gegen Aufhebung des Jesuitengesetzes und Einbringung eines neuen Reichstagsgesetzes in bezug auf die Wahl, ist von mir bis 3. Juni 1898, als dem Termin des Reichstages, der Wahlrecht gegeben, keine und noch dazu recht stümperhafte Erklärung und in allen Theilen erlogen.

Die Erklärung ist unabweislich und klar. Das Herr Lieber so entschieden vom ganzen Centrum ohne Ausnahme spricht, dürfte kaum auch heute nicht anders ausfallen, an dieser Stelle die Frage beschäftigt hat. Dadurch würde Liebers Erklärung an Wert nur gewinnen.

Die Handelskammer zu Siedensfeld schreibt in ihrem Jahresbericht für 1897 über die Handelsvertragspolitik:

Wir können auch heute nicht anders sagen, an dieser Stelle mit allen Nachdruck zu betonen, daß Handelsverträge von möglichst langer Dauer mit richtiger Tarifirung der einzelnen Fabrikate und thätlich niedrigen Zöllen für unsere Exportindustrie eine Lebensfrage sind.

auf ein Dorf hinauszuführen, wo sie sich unter die Milchhaispolitik mischen. Ja sogar die Frauen haben, wie ich bei den Vorberathungen zur diesmaligen Reichstagswahl mehrfach zu beobachten Gelegenheit hatte, an dieser Art, Politik zu theilen, Theilnahme gefunden. Sie haben ihre Erfahrungen gern auf dem Rade begleitet, wenn diese durch Wald und Feld ausgingen und hierbei nicht nur ein Ständchen Natur gesehen, sondern auch Sitten und Gebräuche, Wohnung und Einrichtung einer Bevölkerungsgasse kennen gelernt, mit der sie sonst nur in der Stadt und unter wesentlich anderen Umständen in Beziehung zu kommen pflegten.